Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 26 (1932)
Heft: 11

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ſen um ihr Recht bringen. — Und eine „Kirche“ ſteht „neutral“, d. h. mit ausgeſprochenen Sympathien für den Klaſſenkampf von oben her dabei. — Sie wirft ſich dieſer Entfeſſelung der Gewalt und der verhängnisvollen Macht des Glaubens an die Gewalt nicht mit aller Wucht chriſtlicher Frömmigkeit entgegen. — Sie glaubt an die Worte, und weigert ſich, die Taten zu ſehen. Warum? Weil ſie eben vom Geiſt der Privilegierten befangen iſt.

Gehört es nicht zur großen Tragik derer, die heute evangeliſche Chriſten ſein wollen, ſein müſſen, daß ſie drüben in der katholiſchen Kirche mehr Klarheit über das finden, was Jeſu Botſchaft vom Menſchen heute fordert, als in der Kirche, die ſich nach dem Evangelium nennt? — Dort deshalb führende Macht über die Menſchen, bei uns hilfloſes Nachlaufen hinter jeder Zeitbewegung ohne jene Fähigkeit, zu erkennen, ob ſie das Leben oder den Tod bringt.

Aber das iſt doch die eigentliche Gabe, die uns unſere Frömmigkeit gibt, daß wir erkennen, was Leben und was Tod iſt — Leben, wo man zur Hingabe des Lebens gefordert wird — Tod, wo man ſich und ſein Leben will. — Das gilt auch den Völkern — ja, auch den Völkern, denn es iſt Gottes Weltordnung ſo.

16. November. *Leonhard Ragaz.*

Rundſchau

Zur Chronik.

1. *Friedensbewegung und Abrüſtung.* Die *engliſchen Kirchen* haben durch ihre Vertreter bei Macdonald und Simon für eine radikale Abrüſtung und eine Beſeitigung des Waffen- und Munitionshandels plädiert, leider auch unter Verwendung der irreführenden Loſung von der „Gleichberechtigung“. An einer *„freiſinnigen“ Akademikertagung* in Lauſanne wurde auch das Problem der Armeen und Wehrhaftigkeit diskutiert. Daß in dieſem, hauptſächlich aus unſerer ſatteſten und reaktionärſten Bourgoiſie rekrutierten Kreiſe für die Abrüſtung der *Schweiz* viel Stimmung vorhanden ſei, hat wohl niemand erwartet. Auch die in jeder Beziehung nahen Genfer Ereigniſſe waren durch die Preßlüge des Eindrucks, den ſie vielleicht hätten machen können, beraubt. Einige Oppoſitionsſtimmen wurden doch auch hier laut. „Beifall gab es für die Vertreter beider Richtungen“, ſagt der Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“. Den Geiſt der Verſammlung und leider eines noch zu großen Teils unſeres Volkes drückt deſſen weitere Formulierung aus, daß die Reſolution „die Notwendigkeit einer wirkſamen Landesverteidigung und einer *Stärkung des Wehrwillens* beim *Schweizervolk* hervorhebe, und ſich zugleich auf den Boden eines umfaſſenden Rüſtungsabbaus auf *internationalem* Boden ſtelle.“ (Die Sperrungen ſind auch in der Reſolution enthalten.) Aufrüſtung bei uns, Abrüſtung bei den andern, das iſt für dieſe Leute die „Miſſion der Schweiz“.

Motta hat in der Abrüſtungskommiſſion lebhaft für das Verbot des Luftkrieges, aber noch etwas lebhafter gegen das Verbot der Gasmasken plädiert. Auch das iſt „gut ſchweizeriſch“: für die Abrüſtung (der andern!) eifern und doch nicht an ſie glauben!

Herriot hat in Lens vor den ungeheuren Soldatenfriedhöfen jener Gegend eine Friedensrede gehalten. Wenn nur ſeine Friedenstaten ebenſo treffend wären!

Die *däniſchen Wahlen* zu dem Folkething (dem Unterhaus), die für Dänemark ſelbſt wirtſchaftlich bedingt ſind, haben für uns inſofern Intereſſe, als ſie die jetzigen Regierungsparteien an der Macht erhalten und inſofern die Abrüſtungsbewegung nicht matt ſetzen. Dieſe iſt bekanntlich, ſoweit das Parlament in Betracht kommt, bloß durch eine ganz kleine Mehrheit des Landsthing (Oberhauſes) an ihrem Siege verhindert.

Dem franzöſiſchen iſt ein *engliſcher Abrüſtungsvorſchlag* gefolgt und durch Simon dem Bureau der Abrüſtungskonferenz vorgelegt worden. Er ſieht im

allgemeinen die „Gleichberechtigung" Deutſchlands vor. Die Beſtimmungen des Verſailler Vertrages über ſeine Abrüſtung ſollen durch die Abrüſtungskonvention erſetzt, d. h. aufgehoben werden, ſeine neuen Abrüſtungsverpflichtungen an die gleichen Termine gebunden ſein wie die der andern. Es ſoll die gleichen Waffengattungen beſitzen dürfen wie die andern, aber nur etappenweiſe die volle Gleichberechtigung hierfür verwirklichen. (Das alles gilt auch für Oeſterreich, Ungarn und Bulgarien). Auf eine Militär- und Marineaviatik müßte Deutſchland verzichten. (Die letztere paßte ja England nicht!) Dagegen dürfe es auch Großkampfſchiffe bauen, nur die ihm bisher geſtattete Geſamttonnage nicht überſchreiten. Was die *allgemeinen* Beſtimmungen betrifft, ſo ſolle die Tonnage der Großkampfſchiffe bedeutend herabgeſetzt werden, ebenſo die der Kreuzer und zwar dieſe auf die den deutſchen Kreuzern bisher eingeräumte. Die Unterſeeboote ſeien ganz abzuſchaffen. (Dieſe paſſen den Engländern am wenigſten!) Die Landrüſtungen betreffend ſei zu verfügen, daß kleine Tanks beibehalten werden dürften, das Kaliber der ſchweren Artillerie auf 105 Millimeter zu verringern ſei. Die Luftſtreitkräfte der ganzen Welt ſeien um ein Drittel zu verringern, die Bombenflugzeuge und ihr Geſchäft zu verbieten, unter der Bedingung, daß für die Zukunft eine gewiſſe Internationaliſierung der Zivilaviatik vorgeſehen werde. Das Milizſyſtem ſei zu erlauben, nur ſollte es nicht „zu einer Vermehrung der deutſchen Angriffsmacht führen". (Sollte!) Eine für alle Staaten gültige Rüſtungskontrolle ſei zu fordern. Im übrigen ſollten alle europäiſchen Staaten eine feierliche Erklärung abgeben, wonach ſie ſich neuerdings (!) verpflichteten, unter keinen Umſtänden zu den Waffen zu greifen, um in Zukunft zwiſchen ihnen entſtehende Konflikte zu löſen. (Warum denn aber all die Rüſtungen?) Streitigkeiten ſollen auf diplomatiſchem Wege, ſei's durch Anwendung von Artikel 19 des Völkerbundspaktes betreffend die Aenderung internationaler Verträge, ſei's auf andern friedlichen Wegen, beigelegt werden.

Das wäre alſo der *engliſche* Beitrag zum Welthumor und zur allgemeinen Neubewaffnung!

Der flämiſche Dienſtverweigerer *Simoens,* für den ſeine Mutter mit großer Tapferkeit und Hochherzigkeit eintrat, iſt infolge ſeines Hungerſtreikes aus dem Gefängnis entlaſſen worden.

Ich nenne ihn nicht ohne Bedacht gerade an *dieſer* Stelle!

2. *Soziales und Wirtſchaftliches.* In Bern hat eine ſchweizeriſche Kommiſſion für *„Preisabbau"* getagt und tagt gegenwärtig eine *Wirtſchaftskonferenz.* Daß bei beiden etwas herauskommen könne, werden nicht viele glauben, am wenigſten vielleicht die Einberufer, Leiter des volkswirtſchaftlichen Departements, die damit wohl nur zeigen will, daß niemand etwas Beſſeres wiſſe als er.

Für die *Stickerei* im St. Galler Rheintal iſt (endlich!) eine Bundeshilfe beſchloſſen worden. Mit Oeſterreich ſind Verhandlungen im Gange.

Die Lohnkämpfe in *Lancaſhire* haben für die *Spinner* doch mit einem beträchtlichen Lohnabzug geendigt.

In der *Tſchechoſlovakei* hat die Bauernnot zu Unruhen geführt. Man vergleiche den Bericht darüber nachdenklich mit den Genfer Ereigniſſen.

„Preßburg, 17. Nov. ag. (Tſch. P. B.) In der Gemeinde Polomka (Bezirk Brecno), wo vor einigen Tagen eine gerichtliche Verſteigerung von Pfandimmobilien von der Menge verhindert worden war, und wo am 14. und 15. November Demonſtrationen gegen die Gendarmerie erfolgten, ſollten geſtern ſechs weitere Perſonen wegen Teilnahme an den Ausſchreitungen verhaftet werden. Etwa tauſend mit Senſen, Heugabeln, Dreſchflegeln und Steinen bewaffnete Perſonen aus der Gegend zogen gegen die Gemeinde Polomka, umzingelten die Gendarmerie und griffen ſie an. Nach ſechsmaligen, vergeblichen Aufforderungen zum Auseinandergehen gab der Gendarmeriekommandant den Befehl zum Waffengebrauch, da ſich die Gendarmen bedroht ſahen. Zwei Angreifer wurden getötet und einer leicht verletzt. Ob weitere Perſonen verletzt wurden, iſt noch nicht feſtgeſtellt, da die Menge beim Vorgehen der Gendarmerie auseinanderſtob."

Henderſon hat den Vorſitz der Labour-Party niedergelegt wegen Ueberbelaſtung.

Trotzki iſt von einer Studentenvereinigung nach *Dänemark* eingeladen worden, um dort Vorträge über die ruſſiſche Revolution zu halten. Dänemark hat ihm die Einreiſe bewilligt! Er wolle nachher noch Schweden und Norwegen beſuchen und dann nach ſeiner Inſel Prinkipo im Marmarameer zurückkehren. (Die Türkei ein Aſyl für Revolutionäre!)

Bei dem bekannten Prozeß wegen einer Schießerei in der *Röntgenſtraße* in Berlin, wo neun Kommuniſten die Angeklagten waren, ſtellte ſich heraus, daß in Wahrheit Nationalſozialiſten die Angreifer waren. (Ich berichte dies etwas verſpätet.)

Gregor Straſſer, der nationalſozialiſtiſche Führer, ſoll den (ſozialdemokratiſchen!) freien Gewerkſchaften ein gemeinſames Vorgehen angetragen haben, aber abgewieſen worden ſein.

3. *Schweizeriſches.* Im *Teſſin* iſt eine weitverbreitete, äußerſt freche und ſkandalöſe Tätigkeit *faſchiſtiſcher Agenten* aufgedeckt worden. Darüber berichtet die Syſtemspreſſe natürlich nur in gedämpften Leiertönen, während über die Genfer Vorgänge Lügenpoſaunen erdröhnen.

Ein großer *Alkoholſchmuggel* iſt anderorts ſchon erwähnt.

In *Genf* iſt eine ſozialdemokratiſche *Steuerinitiative*, welche die Steuern ſehr ſtark auf die Beſitzenden beſchränken wollte und die bei dieſen große Erbitterung gegen ihren Haupturſacher Nicole erzeugte (hinc illae lacrimae!), wohl auch etwas demagogiſch gemeint war, mit rund 20 000 gegen rund 16 000 Stimmen abgelehnt worden.

Ein *deutſch-ſchweizeriſcher Wirtſchaftsvertrag* iſt abgeſchloſſen worden.

In *Schaffhauſen* haben Sozialdemokraten und Kommuniſten den, freilich etwas zahm gewordenen Kommuniſtenführer *Bringolf* zum Stadtpräſidenten gewählt.

4. *Natur und Kultur.* Gewaltige *Stürme* haben in verſchiedenen Gegenden der Erde (zum Beiſpiel auf Cuba, in Annam, Japan) ungeheure Verheerungen angeſtellt und gewaltige Menſchenopfer (auf Cuba allein gegen 4000) gefordert.

Im Teſſin muß der Prozeß gegen einen gewiſſen *Cecchini*, der ſeine Frau ermordet hatte, darin der Frauenwelt üble Erſcheinungen zutage gefördert haben. Cecchini ſelbſt hat ſich das Leben genommen.

Die ſieben jungen *Neger*, die wegen Vergewaltigung von zwei weißen Frauen zum Tode verurteilt waren (wahrſcheinlich unſchuldig), ſind nun begnadigt. Der Prozeß wird wohl neu aufgenommen werden. Auch für *Mooney* ſcheint das endlich zu gelingen.

Tief bewegend iſt die Kataſtrophe, der die Anſtalt *Bühl* für ſchwachſinnige Kinder und junge Menſchen bei Wädenswil (am Zürichſee) zum Opfer gefallen iſt und die neun Inſaſſen das Leben gekoſtet hat. Ein über eine leichte Beſtrafung entrüſteter Inſaſſe hat das Feuer gelegt.

Aus Berlin kommt die Kunde, die eine frohe ſein könnte, daß es gelungen ſei, durch eine Art von akuſtiſchem Filter den *Lärm* der Motorfahrzeuge faſt völlig aufzuheben. Wie leicht ginge dergleichen, wenn man nur wollte und der Menſch mehr gälte als die „Technik".

5. *Kirche und Religion.* Im *mexikaniſchen* Religionskampf hat ein päpſtlicher Erlaß den Geiſtlichen und Laien aufs nachdrücklichſte jeden Gebrauch von *Gewalt* verboten. Es gibt doch Neues unter der Sonne!

In *Oldenburg* wollte der nationalſozialiſtiſche Bürgermeiſter Röwer das Auftreten des Negerpaſtors *Kwami* von der Ewe-Kirche in Oſtafrika in der Kirche St. Lamberti als „Schändung der weißen Raſſe" verbieten, mußte aber vor dem Widerſtand beſonders des proteſtantiſchen Landesbiſchofs Rendtorff (wenn ich nicht irre) den Rückzug antreten.

Die antichriſtliche, vom Germanismus inſpierierte Agitation von *Mathilde*

Ludendorff, der Gattin des Feldmarſchalls („Tannenbergbund"), macht den deutſchen Kirchen viel zu ſchaffen.

In *Baden* hat eine aus „Poſitiven" und Nationalſozialiſten beſtehende Mehrheit durch formell geſetzliche, ſachlich aber vergewaltigende Verfaſſungsänderung die *Religiöſen Sozialiſten* (wie die Liberalen, wenn ich nicht irre!) aus der Kirchenregierung, wo ſie durch unſern Freund Dr. Dietrich aus Mannheim vertreten waren, ausgeſchloſſen. Die Rechnung für ſolche Akte wird ſpäter geſtellt werden — von der Geſchichte! 17. November.

Zwei Aeußerungen zu den Genfer Ereigniſſen.

I.

Zürich (Gartenhofſtraße 7), 19. November 1932.

An den Bundesrat der Schweizeriſchen Eidgenoſſenſchaft, *Bern.*

Sehr geehrter Herr Bundespräſident!

Sehr geehrte Herren Bundesräte.

Der unterzeichnete Vorſtand des Schweizeriſchen Zweiges der I.F.F.F. gelangt an Sie, um Ihnen ſeine tiefe Beſtürzung über die Vorgänge in Genf und die Rolle, die unſere Armee bei dieſen Vorgängen geſpielt hat, auszudrücken.

Wir möchten uns kein abſchließendes Urteil anmaßen über die Einzelheiten, die zu dem Zuſammenprall der beiden gegneriſchen Parteigruppen führten und ſind ferne davon, die Schuld nur auf der einen Seite zu ſehen. Es haben ſich ohne Zweifel beide Seiten ſchwerer Provokation ſchuldig gemacht.

Was uns aber mit den ernſteſten Bedenken erfüllt, iſt die Art des Eingreifens unſerer Truppen in dieſem Konflikt, die Anwendung von Maſchinengewehren und die Verwendung von Rekruten. Nach unſerer Ueberzeugung, die durch mehrfache Vorkommniſſe der neueſten Zeit unterſtützt wird, ſind Truppenaufgebote an ſich eher geeignet, Beunruhigung und Aufregung zu ſchaffen, als ſie zu mildern. Auf jeden Fall aber muß es aufreizend wirken, wenn, bevor irgend eine Ausſchreitung erfolgt iſt, Truppenteile die Straßen einer Stadt durchziehen, in der ſchon eine gewiſſe politiſche Spannung herrſcht. Vor allem aber dürfte erwartet werden, daß den Offizieren ſtrengſte Weiſung erteilt würde, nur im äußerſten Notfalle von den Schießwaffen Gebrauch zu machen. Daß in Genf ohne eine vorhergehende, auch für die Zivilbevölkerung verſtändliche Warnung ſofort mit ſcharfer Munition und zwar aus einem Maſchinengewehr auf eine unbewaffnete Menge geſchoſſen wurde, wird ein dunkles Blatt in der Geſchichte unſeres Landes bleiben.

Solche Geſchehniſſe können nur die Erbitterung in der Bevölkerung ſteigern und ſind weit davon entfernt, Ruhe und Einigkeit herzuſtellen.

Aus tiefer Liebe zu unſerm Volke und aus aufrichtiger Beſorgnis um das Schickſal unſeres Landes heraus, möchten wir Sie auf die furchtbare Gefahr eines ſolchen Mißbrauches unſerer Armee aufmerkſam machen und den dringenden Wunſch ausſprechen, es möchte von Ihnen aus alles getan werden, um die Schuldigen zur Rechenſchaft zu ziehen und um die Wiederholung eines ſolchen Blutvergießens zu verhüten.

Wir ſind keiner Partei verbunden, wir ſprechen als Schweizerfrauen, nur geleitet vom Gefühl der Liebe und Menſchlichkeit.

Im Namen des Schweizeriſchen Vorſtandes der I.F.F.F.
Die Präſidentin: *Clara Ragaz.*
Die Aktuarin: *Dr. Helene Stähelin.*

II.

Entſchließung der Ortsgruppe Genf der Schweizer Liga für Menſchenrechte und Bürgerrechte.

Die Ortsgruppe Genf der Schweizer Liga für Menſchen- und Bürgerrechte, in ihrer außerordentlichen Mitgliederverſammlung vom Sonntag, den 13. November in Genf, von Schmerz ergriffen ob den blutigen Vorfällen, die ſich Mittwoch

Abend, den 9. November, auf dem Boulevard du Pont d'Arve, in Genf, ereignet haben, beklagt tief den Verluſt zahlreicher Menſchenleben, ſpricht den Verwandten der Getöteten ihre herzliche Teilnahme und ihr Beileid aus und bezeugt den zahlreichen Verwundeten ihr inniges Mitgefühl.

Geſtützt auf die Tatſachen, die durch die Ausſagen zahlreicher Augenzeugen feſtgeſtellt ſind, wirft ſie vor:

1. Den zuſtändigen Behörden des Kantons und der Stadt Genf: daß ſie nicht verboten haben, eine Kundgebung abzuhalten, deren Anſchlagsanzeige eine wirkliche Herausforderung eines großen Teils der Bevölkerung darſtellte, in Form einer öffentlichen Anklageerhebung gegen zwei Führer der Sozialiſtiſchen Partei von Genf, — eine Herausforderung, die eine Beſchränkung der Verſammlungsfreiheit gerechtfertigt hätte;

2. den zuſtändigen Kantonalen und Eidgenöſſiſchen Behörden: daß ſie ohne Notwendigkeit militäriſche Streitkräfte, nämlich das Rekrutenbataillon von Lauſanne, zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beizogen, was unnötig und unpaſſend war;

3. den Polizeibehörden: daß ſie den Eintritt in dieſe als „öffentlich" angekündigte Verſammlung verboten oder beſchränkt haben gegenüber denjenigen Perſonen, die nicht mit einer beſondern Einladungsanzeige verſehen waren, und dabei Abſperrungsmaßnahmen, ſchwere Ketten und andere Mittel, angewendet haben, die geeignet waren, die friedlichſt geſinnte Bevölkerung zu erregen;

4. dem Regierungspräſidenten und Vorſteher des Juſtiz- und Polizeidepartements des Freiſtaates und Kantons Genf: daß er das Einſchreiten der mit Gewehren und kleinen und großen Maſchinengewehren und mit ſcharfer Munition verſehenen Truppen angeordnet hat gegen Menſchen und Bürger, die ſich darauf beſchränkten, auf der Straße ihren demokratiſchen Gefühlen Ausdruck zu geben;

5. den Truppenkommandaten, Oberſtleutnant und Inſtrukteur Lederrey, Major und Inſtruktor Perret und Kompagniechef Oberleutnant Burnat: daß ſie von den Schußwaffen, den Gewehren und den kleinen und großen Maſchinengewehren Gebrauch gemacht und befohlen haben, auf die Menſchenmenge ſcharf zu ſchießen, in unerhört roher und menſchenunwürdiger Weiſe, nämlich ſo: Während das Publikum vollſtändig unbewaffnet bei der Ausſtellungshalle und der proteſtantiſchen Kirche von Plainpalais am Boulevard du Pont d'Arve friedlich verſammelt war, wobei die meiſten Leute die Soldaten nicht einmal hatten bemerken können, da dieſe an einem in Halbdunkel gehüllten Ort, nämlich unmittelbar an der Vorderſeite des Ausſtellungsgebäudes, Aufſtellung genommen hatten, gab die Truppe Feuer, in feiger Weiſe und ohne irgend welche vorherige Warnung und Aufforderung an das Publikum, dieſen Ort zu verlaſſen, wobei ſie wehrloſe, ehrliche Menſchen und Bürger zu Dutzenden traf und niederſtreckte.

Die Menſchenrechtsliga in Genf verurteilt aufs ſchärfſte und brandmarkt dieſen Maſſenmord, dieſes Blutbad, dieſen terroriſtiſchen Regierungsakt, der abſcheulich und eines ziviliſierten Staates, eines Rechts- und Freiheitsſtaates unwürdig iſt.

Sie betont den jammervollen Eindruck, den das Verhalten der Regierungs- und Polizeibehörden bei dieſer Bluttat ſowohl in der Bevölkerung im allgemeinen als auch beſonders bei den internationalen Einrichtungen, die ihren Sitz in Genf haben, namentlich beim Völkerbund und Internationalen Arbeitsamt, hervorgerufen haben.

Sie verwahrt ſich mit Entrüſtung gegen das Beſtreben dieſer Behörden, die Rechtfertigung ihres Verhaltens dadurch zu verſuchen, daß ſie behaupten, ſie hätten einem von den Linksparteien, Sozialiſten, Kommuniſten, Anarchiſten, Antimilitariſten, geplanten Anſchlag gegen den Staat gegenübergeſtanden, — eine ebenſo törichte als gemeine Anklage.

Die Menſchenrechtsliga in Genf verlangt:

a) eine ſtrafrechtliche Unterſuchung gegen die Urheber der Menſchenſchlächterei vom 9. November 1932 und die Einkerkerung der Schuldigen, ſo hoch geſtellt ſie auch ſein mögen;

b) die unverzügliche Freilaſſung oder Amneſtierung aller derjenigen Zivil- oder Militärperſonen, ſeien ſie ſozialiſtiſcher, kommuniſtiſcher, anarchiſtiſcher oder anderer geſinnungsverwandter Richtung, aller Kämpfer für Wahrheit, Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit, die der Mitwirkung bei dem angeblichen revolutionären Anſchlag beſchuldigt oder ſonſt im Zuſammenhang mit dem Blutbad in Genf verhaftet ſind;

c) die Hilfeleiſtung zugunſten der Opfer dieſer Miſſetat.

Der Präſident: Guſtave Borloz.

Bern. Die religiös-ſoziale Vereinigung veranſtaltet dieſen Winter *ſechs Leſe- und Ausſpracheabende,* denen das Buch von *J. Heering: Der Sündenfall des Chriſtentums: Eine Unterſuchung über Chriſtentum, Staat und Kirche* zu Grunde gelegt wird. Die nächſten zwei Abende ſtehen unter der *Leitung* von *Pfarrer K. von Greyerz* und finden ſtatt: *Mittwoch, den 30. November, 20 Uhr.* Thema: *Chriſtentum, Staat und Krieg im Mittelalter und zur Reformationszeit,* und *Mittwoch, den 7. Dezember, 20 Uhr.* Thema: *Chriſtentum, Staat und Krieg in der Neuzeit. — Lokal:* Gemeindeſaal, Wallgaſſe 4.

Die Leſer der „Neuen Wege" ſind herzlich eingeladen, an dieſer Veranſtaltung teilzunehmen und Gäſte mitzubringen.

Für die Hungernden in China ſind vom September bis November bei uns eingegangen: von Fr. W. in Fr. Fr. 40.—; W. und P. M. in W. 25.—; O. W. in B. 50.—; Fr. W. in Fr. 50.—. Total: Fr. 165.—.

Für die Arbeitsloſen erhielten wir in der gleichen Zeitſpanne von F. W. in F. Fr. 40.—; 40.—; W. und P. M. in W. 50.—. Total: Fr. 130.—.

Dieſe Gaben verdanken herzlich *L. und C Ragaz.*

Berichtigung. Die im Oktoberheft (S. 463) enthaltene Notiz beruht inſofern auf einem Irrtum, als es ſich nicht um die *Poſt-* und Telegraphenangeſtellten, ſondern die *Telegraph- und Telephonbeamten* handelt.

Arbeit und Bildung

Ergänzung des Winterprogramms.

An Stelle eines beſonderen Kurſes tritt für das erſte Winterſemeſter ein mit einem geſinnungsverwandten Kreiſe unternommener Verſuch, mit der Botſchaft von Chriſtus und dem Reiche Gottes vor einen weiteren Kreis zu treten. Das Programm dieſes Verſuchs lautet:

Gott und unſere Not. Fünf Volkshauspredigten,
jeweilen Sonntag vormittags 10½ Uhr im weißen Saale des Volkshauſes.

1. Die Sorge. (Pfarrer A. Maurer.) 20. November.
2. Die Gier. (Pfarrer H. Bachmann.) 27. November.
3. Die Schuld. (Profeſſor E. Brunner.) 4. Dezember.
4. Das Schickſal. (Dr. L. Ragaz.) 11. Dezember.
5. Der Tod. (Pfarer E. Tiſchhauſer.) 18. Dezember.

Wir möchten unſere Mitglieder und Freunde auf die oben erwähnten Predigten aufmerkſam machen und ſie bitten, nicht nur ſelbſt daran teilzunehmen, ſondern auch andere darauf hinzuweiſen.

Die Kommiſſion.